

Zitierhinweis

Boll, Monika: Rezension über: Rebecca Schwoch, Herbert Lewin. Arzt - Überlebender - Zentralratspräsident, Berlin: Hentrich & Hentrich, 2016, in: *Einsicht. Bulletin des Fritz Bauer Instituts*, 2017, 18, S. 79, DOI: 10.15463/rec.1645969893, heruntergeladen über recensio.net

First published: <http://www.fritz-bauer-institut.de/einsicht.html>

**Einsicht**  
*Bulletin des*  
*Fritz Bauer Instituts*



copyright

Dieser Beitrag kann vom Nutzer zu eigenen nicht-kommerziellen Zwecken heruntergeladen und/oder ausgedruckt werden. Darüber hinaus gehende Nutzungen sind ohne weitere Genehmigung der Rechteinhaber nur im Rahmen der gesetzlichen Schrankenbestimmungen (§§ 44a-63a UrhG) zulässig.

## Der Fall Lewin



**Rebecca Schwoch**

*Herbert Lewin. Arzt – Überlebender –  
Zentralratspräsident*

Jüdische Miniaturen, Bd. 186

Berlin: Hentrich & Hentrich, 2016,

94 S., € 9,90

Als 1949 der Magistrat der Stadt Offenbach die Wahl von Herbert Lewin zum Leiter der Frauenklinik mit rassistischen Begründungen ablehnte, löste dies den ersten antisemitischen Skandal der Bundesrepublik aus, der als der »Fall Lewin« in die Geschichte einging.

Das lohnenswerte Buch von Rebecca Schwoch würdigt nun Arbeit und Leben des 1899 als Sohn eines jüdischen Kaufmanns in Posen geborenen und 1982 in Wiesbaden verstorbenen Mediziners Herbert Lewin. Ähnlich wie beim Berufsstand der Juristen, wo personelle Kontinuitäten aus NS-Zeiten weit in die Geschichte der Bundesrepublik ragten, setzte auch die Forschung zur Entrechtung und Verfolgung jüdischer Ärzte im Nationalsozialismus verzögert ein. Schwochs Biographie ist eingebettet in die von vielen Hemmnissen geprägte deutsch-jüdische Emanzipationsgeschichte. Das betraf auch den Arztberuf. Eine Position als Ordinarius an einer Universität blieb Juden schon in der Weimarer Republik oft verwehrt. Auch Herbert Lewin erhielt erst 1965 in Frankfurt am Mai ein Ordinariat als Wiedergutmachungsleistung, als er allerdings bereits vor seiner Pensionierung stand.

Andererseits bot eine Tätigkeit als frei niedergelassener Arzt sozialen Status und finanzielle Unabhängigkeit, weshalb sich viele Jüdinnen und Juden für ein Medizinstudium entschieden. In Kaiserzeit und Weimarer Republik stellten sie an manchen Universitäten ein Drittel aller Medizinstudenten. Lewin erhielt nach Studien in Breslau, Leipzig und Berlin 1924 seine Approbation für Frauenheilkunde. Neben seiner Privatpraxis, die er mit seiner ersten Frau Alice Belgard gemeinsam betrieb, arbeitete er zwischen 1924 und 1932 als Assistent im Jüdischen Krankenhaus Berlin sowie wissenschaftlich am Physiologischen Institut der dortigen Universität. Als diese die Konversion für die Zulassung zur Habilitation verlangte, lehnte Lewin ab. Als aktiver Sozialdemokrat und Mitglied des »Bundes jüdischer Arbeiter« war Lewin gleich nach Machtantritt der NSDAP Vernehmungen durch die Gestapo ausgesetzt. Kurz nach seiner Berufung auf eine Chefarztposition in Köln entzogen die Nazis im September 1938 allen jüdischen Ärztinnen und Ärzten die Approbation. Lewin gehörte zu den 17 jüdischen Ärzten, die fortan in Köln als »Krankenbehandler« die medizinische Betreuung

jüdischer Patienten sicherzustellen hatten. Im Oktober 1941 wurde er gemeinsam mit seiner Frau Alice und tausend anderen Kölner Juden in das Ghetto Litzmanstadt deportiert, wo beide als Ärzte arbeiteten. Nach der Auflösung des Ghettos wurden sie im Sommer 1944 nach Auschwitz transportiert. Alice Lewins Spur verliert sich später im KZ Flossenbürg. Herbert Lewin überlebte knapp einen der Todesmärsche.

Nach dem Krieg konnte Lewin seine Habilitation in Köln nachholen. 1949 folgte das erwähnte skandalöse Berufungsverfahren für eine Chefarztstelle in Offenbach. Es ist mehr als bedauerlich, dass die Hauptakten und die Magistratsunterlagen der Stadt weiterhin Sperrfristen unterliegen. So beruht Rebecca Schwochs Darstellung auf den damaligen Presseberichten: Nachdem der Magistrat – sozusagen zu seiner eigenen Überraschung – in geheimer Wahl Lewin mit einer Stimme Mehrheit gewählt hatte, entspann sich demnach eine interne Debatte, in der Bürgermeister Dr. Karl Kasperkowitz (CDU) mit der Warnung vor Lewin als einem Mann mit den »Ressentiments seiner Rasse und dem Rachegefühl eines KZlers« (67) auf Neuwahl gedrängt haben soll. In der Presse fanden sich bald Titel wie: »Magistrat lehnt Arzt wegen jüdischer Abstammung ab«, »Rassenwahn in Offenbach«. Am Ende wurde Lewins Wahl bestätigt, und beide für die Neuwahl verantwortlichen Bürgermeister verloren ihr Amt.

Die Studie thematisiert auch Lewins außerberufliche Aktivitäten und legt nahe, dass sich nach dem Krieg seine SPD-nahen sozialpolitischen Engagements hin zu jüdischen Belangen verschoben hätten. Leider führt Schwoch mögliche Motive hierfür nicht an. Fest steht: Lewin hatte bereits 1946 den Vorsitz der Kölner Jüdischen Gemeinde übernommen, seit 1957 führte er den Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen. 1963 trat er schließlich die Nachfolge von Heinz Galinski als Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland an. Seine Abscheu vor Interviews spiegelt seine Einschätzung der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft: »Jedes Interview ... muss bei der Mischung von Unkenntnis, Fantasterei und Mangel an Einfühlungsvermögen der Journalisten zu einer regelrechten Gefahr für uns Juden werden.« (79) Lewin übernahm auch ein leitendes Amt bei »Keren Hayesod«, dem israelischen National- und Spendenfond. Er war zudem Präsident der »Kinder und Jugend-Alijah« sowie der »Franz Oppenheimer-Gesellschaft« zur Pflege deutsch-jüdischer Kulturwerte in Frankfurt am Main. Späte Ehrungen wie das Bundesverdienstkreuz (1964) und die Wilhelm-Leuschner-Medaille des Landes Hessen (1973) zollten ihm zwar symbolisch Anerkennung für ein beruflich wie gesellschaftlich hoch aktives Leben, seine »Wunden« aber ließen sich – wie Lewin drei Jahre vor seinem Tod schrieb – »durch die Zeit nicht heilen« (83).

Monika Boll  
Düsseldorf